

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Die Betriebsräte wahlen und ihre Bedeutung.

Die Vorarbeiten zu den bevorstehenden Betriebsräte wahlen müssen von der organisierten Arbeiterschaft ge-  
eiffenhaft durchgeführt werden. Man hört von dem Be-  
triebsrätegesetz, das jetzt neun Jahre besteht, verhältnis-  
mäßig wenig. Eine gewisse Gleichgültigkeit ist bei der  
Arbeiterschaft eingedrungen. Sicher hat das Gesetz nicht in  
den Kreisen dasjenige gebracht, was von ihm erhofft  
wurde. Dennoch vertritteten Tausende von Betriebsratsmit-  
gliedern und Obmännern im stillen einen Dienst an der  
Arbeiterschaft, der etwas mehr Anerkennung verdiente.  
Die große Masse der Arbeiter nimmt die Tätigkeit ihrer  
Betriebsratskollegen als etwas Selbstverständliches hin.  
Es wäre dringend notwendig, daß die Arbeiterschaft die  
Tätigkeit der Betriebsräte mehr unterstützt, deren Tätigkeit könnte  
dann weit fruchtbringender gestaltet werden.

Ueber die Aufgaben der Betriebsräte ist  
sehr viel geredet und geschrieben worden. Das Ge-  
setz hat deren Tätigkeit umschrieben. Dennoch erweitert  
sich der Arbeitsrahmen der Betriebsräte immer mehr.  
Der zunehmende Aufstieg der Gewerkschaften  
und das immer mehr zur Herrschaft gelangende Tarif-  
vertragswesen macht die Betriebsräte zu einem  
immer stärker in Wirksamkeit tretenden Posten der sozia-  
len Gesetzgebung. Das soeben vom Reichsrat verab-  
schiedene und dem Reichstag vorliegende Arbeits-  
schutzgesetz kann nur dann fruchtbringend für die Ar-  
beiterschaft gestaltet werden, wenn in den Betriebsräten  
Kollegen sitzen, die, mit den erforderlichen Kenntnissen  
ausgerüstet, die Paragraphen des Gesetzes mit blutvollem  
Leben ausfüllen. Es würde zu weit gehen, im einzelnen  
das aufzuführen, was den Betriebsräten im Rahmen des  
Arbeitschutzgesetzes als Aufgabe bevorsteht. Die Durch-  
führung und Kontrolle der gesetzlich geschaffenen Normen  
ist so wichtig und so unendlich mannigfaltig, daß hier sehr  
viel zu tun übrig bleibt. Daneben kommen die spezifisch  
betrieblichen Fragen der Arbeitsverhältnisse, die ein weites  
Befähigungsfeld bieten. Daraus müßte schon die außer-  
ordentlich hohe Bedeutung gerade der diesjährigen Be-  
triebsräte wahlen jedem Kollegen zum Bewußtsein kommen.

Die Tätigkeit der Betriebsräte ist einmal vor dem  
Enqueteauschuß sehr eingehend behandelt worden.

Der Unterausschuß für allgemeine Wirtschaftsstruktur hatte  
bei seinen Untersuchungen über die „Wandlungen in den  
wirtschaftlichen Organisationsformen“ auch Sonderver-  
nehmungen über den Einfluß der Betriebsräte im Auf-  
sichtsrat vorgenommen. Die dort vernommenen Unter-  
nehmervertreter haben sich im allgemeinen nicht sehr  
lobend über die Betriebsräte im Aufsichtsrat ausgedrückt.  
Sie erklärten, daß der Einfluß der Betriebsräte im Auf-  
sichtsrat deshalb nicht sehr groß sei, weil es an den  
notwendigen Erfahrungen und Kenntnissen mangle, um zu den  
einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Dennoch mußte der  
Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats anerkennen, daß die  
Betriebsräte auch im Aufsichtsrat öfter das Wort nehmen  
und die Ansichten der Belegschaften dort geschickt zum  
Ausdruck bringen. Die Betriebsratsmitglieder die vor  
dem Enqueteauschuß zum Wort kamen, haben im allge-  
meinen sehr gewandt die Stellung der Betriebsräte im  
Aufsichtsrat umrissen. Sie haben hervorgehoben, und dies  
durch Beweise belegt, daß der Einfluß der Betriebs-  
räte im Aufsichtsrat nicht gering ist, namentlich  
wenn es sich um sozialpolitische Fragen handelt. Aber  
immer wieder drang die Erkenntnis durch, daß erst dann  
von einem namhaften Einfluß gesprochen werden könne,  
wenn die Weiterbildung der Betriebsräte  
einigermassen durchgeführt sei. So sagte der Betriebsrats-  
vorsitzende des Siemenskonzerns unter anderm: „Der ge-  
ringere oder stärkere Einfluß wird zweifellos immer von  
der persönlichen Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder ab-  
hängen, und vor allen Dingen von der Tatkraft, wie weit  
es ihnen gelingt, sich durch Verbindungen innerhalb einer  
Gesellschaft die Kenntnis der Geschäftsverhältnisse zu ver-  
schaffen.“ Hier liegt der Schwerpunkt von allem.

Die Betriebsratsmitglieder, die zu den Geschäftsver-  
hältnissen ihres Betriebes Stellung nehmen wollen, müssen  
nicht nur mit den laufenden Fragen der Wirtschaft, mit  
den einschlägigen sozialpolitischen Gesetzen, sondern auch  
mit all den Fragen vertraut sein, die mit den Geschäftsauf-  
gaben des Betriebes im Zusammenhang stehen. Daß es  
nicht sehr viele Arbeiter und Angestellte gibt, die sich zu  
solcher umfassenden Bildung durchgearbeitet haben, ist be-  
kannt. Daraus ergibt sich aber auch die Tatsache, daß

zu einem solchen verantwortungsvollen Posten nur Leute  
ausgesucht werden können, die die Gewähr bieten, diese  
Aufgaben erfüllen zu können.

Die diesjährigen Betriebsräte wahlen stehen im Zei-  
chen der Wirtschaftsdemokratie. Ueber die  
Demokratisierung der Wirtschaft ist in letzter Zeit außer-  
gewöhnlich viel geredet und geschrieben worden. Die Ver-  
handlungen des Gewerkschaftskongresses in Hamburg  
waren der Ausgangspunkt einer ausgedehnten Debatte  
über die programmatische Forderung: „Wirtschaftsdemo-  
kratie.“ Auch die Betriebsräte spielten in diesem Zu-  
sammenhang eine nicht unwichtige Rolle. Zwar sind sie  
nicht berufen, die Demokratisierung der Wirtschaft selbst  
in die Hand zu nehmen, aber ihre Hilfeleistung dürfte nicht  
zu entbehren sein. Namentlich soweit die Schulungs-  
möglichkeit in Betracht kommt. In dem im Auftrage des  
ADGB herausgegebenen Buche „Wirtschaftsdemokratie“  
lesen wir hierüber folgendes: „Heute sind die Betriebsräte  
nicht Träger der Demokratisierung der Wirtschaft, sondern  
Ausdruck einer sozialen Selbstverwaltung im Betriebe, die  
der Durchführung der gesetzlichen und tariflichen Normen  
dient.“

Die Aufgaben der Gewerkschaften in der  
Zukunft muß Sozialpolitik und Produktionspolitik zugleich  
sein. Die sozialpolitischen Belange der Arbeiter und Ange-  
stellten wachsen in immer größere Breiten. Sie wahrzu-  
nehmen ist nur Kräften möglich, die ihr ganzes Können  
uneigennützig zur Verfügung stellen. Diese Kräfte müssen  
ausgesucht und zur Wahl gestellt werden. Nicht weniger  
wichtig sind die wirtschaftlichen Fragen. Die Industrie als  
Ganzes wird immer komplizierter. Der Wirtschafts-  
apparat wird immer mehr verfeinert, damit er neueren Auf-  
gaben gerecht werden kann. An eine derartige feinge-  
gliederte Wirtschaftsmaschinerie mit veralteten Denk-  
methoden heranzutreten, erweist sich als eine Unmöglichkeit.  
Die Betriebsräte sollen die Pioniere der gewerkschaftlichen  
Produktionspolitik sein. Als Vertrauensmänner der Ar-  
beiterschaft in höchster Potenz zu wirken, wird nur den  
Tüchtigsten unter ihnen möglich sein. So bilden die Be-  
triebsräte wahlen einen Angelpunkt in der Reihe systema-  
tischer Tätigkeit zur Durchdringung der Wirtschaft.

### Kämpfen wir?

Wer häufiger Gelegenheit hat, die Meinung von Ar-  
beitern über Fragen des wirtschaftlichen und politischen  
Kampfes zu hören, der wird erstaunt sein, wie sehr Ursache  
und Wirkung verwechselt werden. Seitdem die Gewerk-  
schaften sich für den Abschluß von Tarifverträgen ein-  
setzen, haben die Bewegungen zur Verbesserung der Lohn-  
und Arbeitsbedingungen sich verändert.

Jetzt sagen die, die alles besser wissen: „Die Gewerk-  
schaften sind keine Kampforganisationen mehr, sie kämp-  
fen nicht mehr, sie verhandeln bloß.“ Was wäre nicht ein-  
mal das Schlimmste, erzählt man weiter, aber die „Masse“  
wird gar nicht mehr gefragt, ob sie das will oder etwas  
anderes. In jahrelangem Ringen um die Anerkennung,  
Vertreter der Arbeiterschaft zu sein, haben die Gewerk-  
schaften es verstanden, sich maßgebenden Einfluß zu sichern.  
Bewußt, wir wollen nicht bestreiten, daß ein Streik frische  
Kräfte auslöst, daß wieder neues Leben in die Arbeiter-  
schaft hineinkam, wenn sie aus dem Betriebe gingen, um  
ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wir dürfen  
aber auch nicht die Opfer vergessen, die auf der Strecke  
blieben; ganz abgesehen davon, welche großer geldlicher  
Verlust oft dem Arbeiter entstand, sobald er die Arbeit  
niederlegte, seine Familie mußte oft darben und hungern.  
Dann handelte es sich um die Erfolge. Waren diese denn  
so groß, wenn nach einem Streik einige Pfennige an Lohn-  
zulage herausgeholt wurden. Hinzu kam, daß sich die  
Unternehmer organisierten, denn auch ihnen mißfiel die  
Unterbrechung ihrer Geschäftstätigkeit. Man schuf sich  
Organisationen, um Lohnerböhrungen abzuwehren und  
Streiks durch Heranziehung von Arbeitswilligen zur  
Erfolglosigkeit zu verurteilen. Das mußte die Arbeiterführer  
zu neuen Maßnahmen greifen lassen. Alle Kräfte wurden  
herangezogen, die Kampffonds wurden gestärkt, um bei dem  
nächsten Ringen appnet dazustehen. Wir erinnern an  
unsern großen Kampf vom Jahre 1913.

Heute spielt die Frage der Gestaltung der Arbeitszeit  
nicht mehr die Rolle wie damals. Grundlegend ist der  
Achtstundentag. Fast in allen Betrieben ist er grundsätzlich  
festgelegt. Dann die Lohnfrage: heute setzen sich die Ver-  
treter der Arbeiter und Unternehmer an den Tisch und  
verhandeln über die Lohnforderungen. Man prüft gemein-  
sam die Möglichkeit einer Lohnerböhrung. Berechnungen  
werden angestellt. Schließlich findet man eine Mittellinie;  
ist keine Einigung zu erzielen, ruft man eine Schlichtungs-  
instanz an.

Wodurch ist diese Art der Verhandlung ermöglicht?  
Weil die Gewerkschaften für die Wirtschaft ebenfalls  
Verständnis haben. Wenn jetzt die Textilherren eine große  
Machtprobe inszenieren, so beweist uns das, daß die Ver-  
antwortlichkeit der Unternehmer gegenüber der Allgemei-  
heit nicht genügend entwickelt ist.

Wir haben im Nordwestbezirk beim großen Eisen-  
konflikt, daß auch die Unternehmer sich sichern. Wenn  
sie auch vom Arbeiter „Nationalbewußtsein“ verlangen, so  
verläßt sie selbst diese Eigenschaft, wenn sie Rückversiche-  
rungsverträge mit den ausländischen Eisenmagnaten ab-  
schließen, laut welchen Lieferungen bei Lohnhöhrungen  
beiderseitig nicht erfolgen dürfen. Auch bei den Unter-  
nehmern sehen wir, daß das Nationalbewußtsein dort ein  
Ende hat, wo es sich darum handelt, die Arbeiterschaft  
niederzuhalten. Soll nun etwa von selten der Gewerk-  
schaften dadurch geantwortet werden, daß sämtliche Ar-  
beiter aus den Betrieben geholt werden? Das wäre ein  
Schlag ins Wasser. An einen Erfolg wäre nicht zu denken.  
Auch in den Kreisen der Unternehmer gibt es Leute, die  
alles auf eine Karte setzen. Das ist gegenüber der Allge-  
meinheit unverantwortlich. Wir wollen als Gewerkschafter  
in unserm Bestreben, mit wenig Opfern unsere Erfolge  
zu erzielen, nicht erlahmen.

Unser Kampf ist in seinen Grundlagen immer der-  
selbe. Ob wir unsere Kollegen aus den Betrieben heraus-  
holen, um einer Forderung Nachdruck zu verleihen, oder

ob wir die staatlichen Schlichtungsstellen anrufen. Zu beiden  
Methoden bedarf es der Stärkung der Organisation. Hin-  
sichtlich der Heranziehung aller im Beruf tätigen Kollegen,  
als auch im Zahlen des Verbandsbeitrages kann in keinem  
Falle verzichtet werden. Sollte einer von diesen Faktoren  
nicht mehr zur Geltung kommen, dann wäre die Aus-  
wirkung gleichbedeutend mit freiwilligem Verzicht auf Ver-  
besserung der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Lage.

Unser Lebenselement ist zu kämpfen. Jeder Tag  
zwingt uns erneut zum Widerstand gegen die Fesseln, die  
die bestehende Ordnung uns schmiedet. Da wäre es töricht,  
wollte die Arbeiterschaft auf die Mittel zum Widerstand  
verzichten. Je mehr sich die Formen des Kampfes ändern,  
um so mehr müssen sich unsere Organisationen hinein-  
wachsen. Aus den alten Gebräuden, deren Aufgabe nur  
darin lag, die Gelder für den nächsten Streik bereitzubalten,  
sind Stätten einer neuen Wissenschaft geworden. Es ist  
die Erkenntnis, daß wir planmäßig am Aufstieg der unter-  
drückten und sich nach Befreiung sehnenenden Arbeiterschaft  
arbeiten, wenn wir nicht nur in Wort und Schrift ihnen  
Kenntnis vom Wert des Zusammenschlusses geben, sondern  
schon im jetzigen Stadium privatwirtschaftlicher Struktur,  
für Hilfe in Fällen von Krankheit, Invalidität, Tod oder  
Arbeitslosigkeit Mittel sammeln und bereitstellen. Ein  
neuer Geist ist also eingeschrieben. Dieser heißt: dem Kol-  
legen und seiner Familie in Not und Tod  
helfen.

Wir leben es auch im politischen Leben. Auch hier  
Verneiner und Besaher des Gedankens, schon in der  
Gegenwart im Staat tätig zu sein. Wer wollte be-  
streiten, daß diese rein theoretischen Gegensätze zu der  
tiefen Auster geföhrt haben, deren Auswirkung darin  
besteht, sich gegenseitig in der Presse und in den Ver-  
sammlungen zu beschimpfen. Keine noch so planmäßig an-  
gelegte Schimpfkanonade wird es ermöglichen, daß der  
einmal beschriftete Weg verlassen wird. Wir kämpfen  
auch noch heute. Zum nicht geringen Teil kämpfen wir

Jeder vorwärtsstrebende Kollege liest unser Und Du? Bist Du schon Abonnent?

„Fachblatt der Maler“

gegen die Unkenntnis, die in den Arbeiterkreisen über die einfachsten Fragen herrscht. Wir kämpfen dauernd für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft.

Einen Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens kann selbst der größte Fanatiker nicht bestreiten. Vor allem die letzten zehn Jahre brachten manche Verwirklichung von Forderungen.

„Eines bist Du dem Leben schuldig, Kämpfe oder such' die Ruh. Bist Du Amboß, 'ei geduldig, Bist Du Hammer, schlage zu!“

Ueber die Rückzahlung jubiel gezahlter Lohnsteuer.

Lohnsteuerrückzahlung bei Verdienstaussfall. Welche Beträge werden erstattet? Auch in diesem Jahre wird bei Verdienstaussfall, den die Arbeitnehmer im Laufe des Kalenderjahres 1928 durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung und Krankheit erlitten haben, Lohnsteuer rückerstattet.

Die Anträge müssen spätestens bis zum 2. April dieses Jahres bei dem Finanzamt eingereicht werden, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1928 seinen Wohnsitz hatte.

Bei der Antragstellung ist ein Vordruckformular zu benutzen.

Wird ein Antrag auf Steuerrückerstattung wegen Verdienstaussfalls gestellt, so ist ein Antragsformular zu benutzen. Das Formular ist beim Finanzamt erhältlich.

Als weitere Unterlagen sind beizulegen: Im Krankheitsfälle die Bescheinigung der Krankenkasse. Bei Er-

Bierfilz und Politik.

Die größte Partei Deutschlands, die einen mächtigen, ungebrochenen Einfluß ausübt, ist die der politisch Indifferenten. Sie besteht aus allen denen, die ihre Zeit hinter dem Bierstisch toitschlagen, anstatt sich um ihre eigenen Nöte und die Nöte ihrer Mitmenschen zu kümmern.

Hast du sie schon einmal angefordert, eine politische oder gewerkschaftliche Versammlung zu besuchen? — Sie haben dazu nie Zeit, entweder treffen sie sich schon mit dem Provisor N. und dem Gemeindefreier P. in der W.ichen Gastwirtschaft zu einer Partie Skat, oder sie haben ihren Regalabend oder Probe vom Theaterverein oder Lante Amalie kommt zufällig nach 9 Jahren zum ersten Male wieder zu Besuch oder der Hauswirt läßt gerade die gute Stube streichen... Gründe, vor denen du dich geschlagen geben mußt.

Wenn du abends dann durch ihre Stammlokale kommst, findest du sie. Sie sitzen an den runden Tischen in den Ecken der Wirtschaften, haben einen großen Topf Bier vor sich, sind in dicke Rauchwolken gehüllt und prüfen mit Sorgenfalten in den Stirnen, ob sie nun den Kötzig dranlegen oder mit dem Ah rechnen sollen, ob sie noch 20 melden können, wenn sie diesen Stich nicht bekommen, ob sie schwarz bleiben oder wenigstens noch aus dem Schneider kommen, ob sie geben oder Trampf machen. Dabei werden dann die lieben Mitmenschen, soweit sie nicht anwesend sind, vorgenommen oder Joten und Schwärze Wige (Achtung! Nur für Herrenabende!) erzählt.

Verband A.G.

Eine Aktiengesellschaft ist auch dein Verband, gegründet, dein Los zu bestreuen. Dein Vertrauen zu ihm ist sein Betriebskapital, das sich erhöht, wenn des Vertrauens Summe steigt. Dein Mitgliedsbuch ist Karte, Aktie, Anteilsschein, womit auf dem Markte der Arbeitskraft handeln und deren Preis diktiert werden kann deine A.G.

Welche Beträge werden nicht erstattet? Beträge unter 4 M pro Jahr gelangen nicht zur Auszahlung.

Wann kann die gesamte Steuer zurückverlangt werden? War der Jahresarbeitsverdienst geringer als der jährliche steuerfreie Betrag und ist trotzdem Lohnsteuer einbehalten worden, so kann die gesamte Steuer zurückverlangt werden.

Für die Arbeitnehmer sind folgende Sätze als Jahresfreibeträge vorgesehen:

Table with 3 columns: Zahl der Kinder, mit Ehefrau, ohne Ehefrau. Rows 1-7.

Finden auch einzelne Tage bei der Lohnsteuerrückerstattung Berücksichtigung?

Die Steuer wird für Verdienstaussfall von nur vollen Wochen erstattet. Plegt zum Beispiel ein Verdienstaussfall von vier Wochen und drei Tagen vor, so wird nur die Lohnsteuer für den vierwöchigen Verdienstaussfall erstattet.

Lohnbewegung

Lohnbewegung in dem Karosseriewerk Karmann, Osnabrück. Weil der Firmeninhaber dem Verband der Metallindustrie als Mitglied angehört, galten für unsere Kollegen die gleichen Löhne wie die, die für die Metallindu-

strie festgelegt waren. Am 1. November 1928 war dieser Tarif abgelaufen. Die Verhandlungen über dessen Erneuerung scheiterten, so daß ein tarifloser Zustand eintrat. Die bei der Firma Karmann beschäftigten Arbeiter verlangten nunmehr S o n d e r v e r h a n d l u n g. Da dies abgelehnt wurde, trat am 17. Januar die Belegschaft einmütig in den Streik.

Anschließend an diese Verhandlung wurde am 25. Januar ein Sonderabkommen in der Lohnfrage mit dem Holzarbeiterverband, dem Sattlerverband und unserer Organisation getroffen, wonach sich der Lohn von 68 % auf 87 % erhöht. Diese Umachungen gelten rückwirkend bis 1. November 1928.

Der Bund der Metallindustriellen beider Mecklenburg hatte das bevorstehende Lohnabkommen zum 31. Dezember 1928 gekündigt. Am 28. Dezember fanden Verhandlungen der Vertragsparteien statt, wobei von Arbeitgeberseite ernstlich die Forderung eines Lohnabbaus von 3 % pro Stunde vertreten wurde.

Durch den Reichsarbeitsminister wurde zum 23. Januar 1929 ein Sonderlichungsausschuß eingesetzt und Dr. Stenzel als Schlichter bestellt. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß eine Vereinbarung zustande kam, wonach eine Erhöhung des Stundenlohns von 4 % in Kraft tritt.

In der Hannoverischen Metallindustrie ist es nach langwierigen Verhandlungen zu einer Einigung gekommen. Die Metallindustriellen hatten den Mantel- und Lohnarif gekündigt, um die Urlaubsbestimmungen zu ändern und die durch den vorjährigen Schiedsspruch im Vertrag angenommene Klausel über den Garantielohn für Akkordarbeiter wieder aus dem Vertrag zu entfernen.

Eine seit langen Jahren erhobene Forderung war die Herabsetzung der Altersgrenze in der höchsten Tariffstufe. Diese betrug bisher 24 Jahre. Es wurde eine neue Vereinbarung erzielt, diese Altersgrenze für alle Berufsgruppen auf 23 Jahre herabzusetzen.

Vom 4. Februar bis 10. Februar ist die 6. Beitragswoche. Vom 11. Februar bis 17. Februar ist die 7. Beitragswoche.

Was der Bierfilz damit zu tun hat? — Eigentlich nichts. Und doch gibt er der ganzen Sache erst das lyrische Glaubensbekenntnis. Vor mir liegen vier dieser runden, bunt bedruckten Scheiben, die unsere Kinder so gern als Wurfgeschosse benutzen.

Der erste ist der Partei der Indifferenten zugeeignet: „Sup di vul Un fret di dik Un hel dat Mul Von Polletik!“

Der zweite ist der Partei der Indifferenten zugeeignet: „Schanderhaftes Laster Deutschlands: Die Partei! Habt ihr Zeit und Zaster — Schenkt euch lieber ein!“

Der dritte steht auf der gleichen hohen Kulturstufe: „Welch Jammer, diese Parteienzucht! Wie sie sich verlastern und kloppen! Als rufender Pol in der Erscheinungen Flucht Bleibt nur — der gemülliche Schoppen!“

Der vierte endlich enthält die Aufnahmebedingungen für die große Partei der Indifferenten. Er predigt unter fetter Leberschrift „Vernünftige Politik des Biertrinkens!“ Wir lesen da:

„Ob König oder Präsident Ist würsch, ganz streng genommen! Wer einen guten Tropfen kennt Und schägt — sei uns willkommen!“

Vor dieser „vernünftigen Politik des Biertrinkens“ müssen wir uns eh-furchtsvoll verbiegen! Wir halten wirklich ganz vergessen, daß uns doch Schnuppe sein könnte, ob wir unter einem König oder unter einem Präsidenten unsern Schoppen trinken, ob wir Untertanen einer Majestät von Coltes Gnaden oder freie, gleichberechtigte Staatsbürger sind. Ob wir uns den Launen eines Nachhabers fügen oder ob wir die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mitberaten und mitbestimmen. Diese Erkenntnisse durfte uns erst ein Bierfilz vermitteln.

Wir wollen deshalb alle einstimmen in den Ruf: Nieder mit der Politik! Es lebe der Bierfilz! H. Löggen.

Ein zentrales Bildungsorgan.

Umgestaltung der „Bücherwarte“.

Der Wunsch nach Schaffung eines zentralen Bildungsorgans hat den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranlaßt, eine Umgestaltung und Erweiterung der „Bücherwarte“ und „Arbeiterbildung“ vorzunehmen. Als Hauptorgan erscheint ab Januar 1929 in einer Stärke von 32 Seiten die bisherige „Arbeiterbildung“ unter dem neuen Titel „Sozialistische Bildung“, während die „Bücherwarte“ in einem Umfange von 16 Seiten als ständige Beilage mit versandt wird.

Das soeben erschienene Januarheft der Zeitschrift zeigt, in welcher Weise die Redaktion dieser Aufgabe gerecht zu werden gedenkt. Die „Sozialistische Bildung“ bringt einen programmatischen Artikel von Anna Siemsen über „Ergänze und intensive Bildung“, in dem die Hauptfragen sozialistischer Bildungsarbeit klar und eindeutig umrissen werden. Karl Schröder zeigt in seinem Artikel „Lessing und die Arbeiterklasse“ die Verbindung zwischen Lessings Kritik und den Kulturaufgaben der Arbeiterklasse

# Der den Zug der Zeit erkannt hat, liest gewiß auch unser „Fachblatt“.

## Aus unserm Beruf

**Elsfeld.** Einen sehr guten Besuch wies unsere am 2. Januar abgehaltene Generalversammlung auf, in der Kollege Knoll den Kassenbericht erstattete. Einige Fragen wurden ausführlich beantwortet, worauf für den weiteren einstufigen Entlastung erfolgte. Ueber die Tätigkeit der Verwaltung gab sodann Kollege Verschum einen eingehenden Bericht. Alle wichtigen Vorgänge ließen sich passieren, woraus zu ersehen war, welche arbeitsmäßige Tätigkeit im Berichtsjahre entfaltet worden ist. In allen Fällen wurde das Arbeitsgericht, in 4 Fällen das Ortsamt in Anspruch genommen, wobei die Urteile im allgemeinen zufriedenstellend ausgefallen sind. Vorwärtsschritten der Filiale, schloß Kollege Verschum Ausführungen, ist nur auf die innere Geschlossenheit hinzuwirken. Daß dies so bleibt, auch im laufenden Jahre, und jedes einzelne Mitglied am weiteren Ausbau der Filiale seine Kraft in den Dienst der Organisation steuert, ist der Wunsch der Filialeitung. Dem Bericht schloß sich eine ausgedehnte sachliche Aussprache an, in der allgemein zum Ausdruck kam, daß die Tätigkeit der Verwaltung eine zufriedenstellende war. Die Versammlung bekräftigte es auch dadurch, daß der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde.

**Elsfeld.** In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Hille den Geschäfts- und Kassenbericht. Er führte aus, daß die für das Jahr 1928 gehegten Hoffnungen auf Besserung der Wirtschaft sich nicht erfüllt hätten. Wohl sei in einzelnen Industrien eine Belebung — darunter auch der Wuppertaler Textilindustrie — eingetreten, jedoch allgemein von guter Konjunktur keine Rede sein. Nordwestkämpfe habe zur weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage beigetragen und die Auswirkungen des Kampfes wären noch nicht abzusehen. — Unter derartigen Wirtschaftslage litt sehr stark das Baugewerbe. Bauwirtschaft kam erst sehr spät in Gang, und größere Vorhaben kamen dadurch nicht rechtzeitig zum Abschluß. Gegenüber zum Baugewerbe hatte im Malergewerbe die Konjunktur besonders im Bergischen Land recht früh eingesetzt, im März waren fast alle Malergehilfen wieder in Arbeit. Von Juni bis August hat sich eine Verschlechterung der Konjunktur bemerkbar gemacht, die aber dann wieder anjog. Mitte Oktober waren noch keine Erwerbshoffnungen vorhanden. Im Dezember stieg die Erwerbslosigkeit stark, und am 25. Januar zählten wir bereits 512 arbeitslose Berufskollegen in den beiden Städten Wermelsdorf. Eine rege Agitation wurde besonders in den Wohnheimen betrieben, galt es doch, die Voraussetzungen für eine gute Durchführung der Lohnbewegung zu schaffen. Daß sei in vollem Maße erreicht worden und wir am besten in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck, wenn wir die Mitgliederzahl erheblich steigern könnten. Die Versammlungstätigkeit war sehr rege, insgesamt wurden 215 Versammlungen, Sitzungen usw. abgehalten. Vorwiegend gehalten über: Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgerichtsrecht, Innungskrankenkassen usw. Mit der abgeschlossenen Lohnbewegung könne zufrieden sein. Der Lohn konnte, allerdings erst nach Arbeitsniederlegung, um 8 1/2 pro Stunde erhöht werden. Gemessen an den Erfolgen der übrigen Gewerkschaften müsse man feststellen, daß auch wir uns gut gegenwärtig hätten. — Die Arbeitsgerichte mußten sehr oft in Anspruch genommen werden. Die eingereichten Klagen wurden alle zugunsten der Kollegen entschieden worden. — Für Arbeitsbeschaffung wurden wieder Rundschreiben verteilt. Das Fachblatt der Maler wird leider noch

er Gegenwart auf. Friedrich Wendel unterteilt in seinem Artikel „Der Gotteslästerungsparagraph“ die energischen Vorkämpfer gegen die steigende Welle des Materialismus. Carl Merendoff liefert in seiner kritischen Stellungnahme „Wehrprogramm und Militarismus“ Material zur Erörterung des Wehrproblems. Prof. Dr. J. J. schreibt einen interessanten, mit zahlreichen naturhistorischen versehenen Aufsatz über „Rassenforschung und Rassenfrage“. Erwin Marquardt gibt in seinem Bericht über den ersten Lehrgang der Arbeiterhochschule in Harsiesfeld. Martin Gleisner behandelt namentlich für Praktiker außerordentlich wichtige Fragen der Zusammenfassung der Künste in der Festgestaltung. Zeitschriftenschau, Filmchau und Glossen schließen den inhaltsschweren Heft ab.

In der Beilage „Büchermärkte“ werden die wichtigsten Erscheinungen aus dem Gebiete der erzählenden Literatur, Erziehung, Geschichte, Politik, Sexualwissenschaft, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft besprochen. Der „Sozialistischen Erziehung“ behandelt Dr. Kurt Benkenstein in einem programmatischen Artikel die wichtigsten Aufgaben sozialistischer Pädagogik in der Gegenwart. Olga Essig bringt wertvolles Material zum kommenden Berufsausbildungsgesetz und Hermann Knecht deckt in scharf pointierter Weise die alldeutschen Propagandamethoden des „Arbeitsausschusses deutscher Handwerker“ auf, die sich in starkem Maße auch in den letzten bemerkbar machen.

Trotz des erweiterten Umfangs ist der Preis unserer monatlichen Zeitschrift unverändert geblieben. Er beträgt vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummern kosten 75 P. Bezug erfolgt am besten durch das für die Wohnung des Bestellers zuständige Postamt, beziehungsweise durch Volksbuchhandlung. Es kann allen an der sozialistischen Propagandaarbeit interessierten Lesern auf das dringendste empfohlen werden, diese Zeitschrift zu abonnieren. Probehefte stellt der Reichsausschuß für sozialistische Propagandaarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, gern zur Verfügung.

## Josef Zimmermann's letzte Fahrt.

Seit langer Zeit hat Frankfurt keine so gewaltige Trauerkundgebung gesehen als bei der Bestattung unseres Kollegen und Polizeipräsidenten Jos. Zimmermann. Neben einer großen Anzahl von Vertretern der Behörden, Partei und Gewerkschaften sowie der sonstigen Arbeitervereine, waren auch unsere Filialen des 2. Bezirks, an der Spitze der Kollege Aurb, mit Kranzdeputationen vertreten. Orgelspiel leitete die Feier ein und schloß sie. Gemischte und Männer-Chöre der Arbeitergesangsvereine, Cello- und Bassolo gaben der Feier die entsprechende Weihe. Landtagsabgeordneter, Genosse Kaul, Offenbach, hielt die Gedächtnisrede, die ausklang in dem Ruf: Wir haben einen guten Mann verloren, doch uns war er mehr!

Als Vertreter unseres Verbandsvorstandes überbrachte Vorsitzender, Kollege Vah, die letzten Grüße. Er schilderte den Werdegang Zimmermanns vom einfachen Malergesellen zum Polizeipräsidenten. Die Kollegenschaft des 2. Bezirks und der Gesamtverband haben dem Verstorbenen außerordentlich viel zu danken. 1896 zum Verband gekommen, wurde Zimmermann 3 Jahre später Angestellter der Filiale und 1905 Bezirksleiter. Er leitete diesen vorbildlich bis zu seinem Abgang im Jahre 1921. Obwohl wir ihn schweren Herzens von uns scheiden sahen, waren wir andererseits stolz darauf, daß er, dem nur weit größere Aufgaben bevorstanden, aus unseren Reihen hervorgegangen war. Wenn wir jetzt auch für immer scheiden müssen, so geschieht das mit dem festen Willen, alle Kräfte anzusetzen, um das große Werk für die Befreiung der Menschheit, an dem der Verstorbene so erfolgreich gearbeitet hatte, vollenden zu helfen.

von wenigen Kollegen richtig geschätzt. Wenn auch der Einwand der Kollegen, die Vorlagen wären zu künstlerisch, hin und wieder Geltung hätte, so könnte doch heute gesagt werden, daß erfreulicherweise in den letzten Monaten auch einfache Vorlagen geliefert wurden, die den Kollegen sehr wertvolle Anregungen gaben. Für das Fachblatt der Maler müsse daher fortlaufend Propaganda gemacht werden. Im Berichtsjahre tagte auch die Generalversammlung in Stuttgart, die auf organisatorischem Gebiet weittragende Beschlüsse faßte. Besonders sei an die Einführung der Invalidentenunterstützung zu erinnern. Die Urabstimmung hätte hier klare Verhältnisse geschaffen. Wenn auch die Kollegen der Filiale Elsfeld in ihrer Mehrheit diese Unterstützung ablehnten, so geschah das nicht aus dem Grunde, weil sie grundsätzliche Gegner einer solchen Einrichtung sind, sondern weil ihnen die Vorlage des Hauptvorstandes nicht weit genug ging. Darüber heute zu streiten sei jetzt mäßig, da die Mehrheit der Verbandskollegen sich für die Einführung entschieden hat. Als gute Demokraten hätten wir uns der Mehrheit zu fügen und unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Einführung ohne Schaden für die Organisation verläuft. — Weiter gab der Redner ein Bild von der Entwicklung der Massenverhältnisse der Filiale. Zum Schluß sprach er allen Funktionären und Mitgliedern für ihre Mitarbeit im vergangenen Jahre besonderen Dank aus und wünschte, daß diese Mitarbeit auch auf das Jahr 1929 übertragen würde. Vieles wäre geschafft, mehr muß noch getan werden, denn im Frühjahr ständen wir wieder vor der Lohnbewegung. Diese erfolgreich zu beenden, setze voraus, weitere Stärkung des Verbandes. Anschließend fanden die Wahlen zum Filialvorstand statt. Diese gingen glatt vonstatten. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Entian, zum Geschäftsführer Kollege Hille einstimmig wiedergewählt. — Dann sprach der Bezirksleiter, Kollege Beringer, Köln, über: „Die kommende Lohn- und Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen“. Da über dieses Thema in allen Jahrestellenversammlungen noch besonders gesprochen wird, wurde von einer Diskussion Abstand genommen und die gutverlaufene Generalversammlung geschlossen.

Eschwege. Unsere am 27. Januar stattgefundene Jahresgeneralversammlung wies einen guten Besuch auf. Auch die Kollegen aus den Jahrestellen waren trotz dem hohen Schnee und der ungünstigen Wegeverhältnisse zahlreich erschienen. Aus dem von Kollegen Marx erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß die Filiale im Jahre 1928 gute Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist von 78 auf 105 gestiegen. Auch die Massenverhältnisse haben sich nach dem Bericht des Kassierers Kollegen Pfister günstig entwickelt. Das Filialvermögen beträgt 893,51 M. Große Schwierigkeiten bereitete auch im vergangenen Jahre wieder die Durchführung der Lohnbewegung in Eschwege. Wie im Jahre 1927, so suchten

auch in diesem Jahre wieder die Arbeitgeber sich von der von dem Reichsarbeitsamt festgesetzten Lohnhöhung zu drücken. Statt 1,03 M. zahlten sie nur 1,01 M. und die im Herbst fällige Erhöhung von weiteren 2 P. wurde von allen Arbeitgebern mit Ausnahme eines einzigen ebenfalls verweigert. Nachdem jetzt die Löhne für den 2. Bezirk vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt worden sind, ist die Möglichkeit gegeben, die zu wenig gezahlten Beträge am Arbeitsgericht einzuklagen. Nach erfolgter Aussprache beschloß die Versammlung einstimmig, daß die Arbeitgeber zunächst noch einmal durch ein Schreiben des Bezirksleiters aufgefordert werden sollen, die Tariflöhne zu zahlen. Im Weigerungsfalle soll Klage am Arbeitsgericht erhoben werden.

Im vorigen Jahre waren 30 Jahre verflossen, seit die Filiale gegründet worden ist. Es soll deshalb in diesem Jahre eine besondere Gründungsfeier veranstaltet werden. Zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten wurde eine besondere Kommission gewählt.

Nachdem der selbsterwählte Vorstand einstimmig wiedergewählt worden war, hielt Bezirksleiter Kollege Aurb einen instruktiven Vortrag über die neue Verordnung bezüglich der Unterstufung der Saisonarbeiter. Mit der Aufforderung an die Kollegen, im neuen Jahre ihre Pflicht zu tun und den Filialvorstand tatkräftig zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

## Berufsunfälle

**Flensburg.** Am zweiten Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit verunglückte unser Kollege Rönnebeck auf einem Dampferneubau der hiesigen Schiffswerft. Durch Ausgleiten kam er darauf zu Fall, daß er mit dem Sanitätsauto nach der Diakonissenanstalt übergeführt werden mußte, wo der Arzt Rückenmuskelausdehnung und Bluterguß feststellte. Der Kollege wird noch längere Zeit arbeitsunfähig bleiben.

**Oberstein.** Am 26. Januar stürzten die Kollegen Forst er und Karla bei Instandsetzungsarbeiten in einem Fabrikraum vom Gerüst ab, indem der Dielen mitten durchbrach. Beide erlitten Fußverletzungen. Außerdem schlug Kollege Karla mit der Hand in ein Fenster, das der Dielen zerplittert hatte und schlug sich ein Glied am kleinen Finger der linken Hand durch, so daß es als verloren gelten muß. Eine längere Arbeitsunfähigkeit ist Folge dieses Unfalls. Die Ursache liegt zweifellos an den zu schwachen Dielen und der zu starken Belastung, woraus jeder Kollege die Folgerung ziehen sollte, niemals zu zweit auf ein derartiges Gerüst zu gehen, ohne alle Vorsichtsmaßregeln zu beachten.

## Sozialpolitisches

### Die Entwicklung des Verbrauchs.

Die Höhe des Lebensstandards eines Volkes zeigt sich in der Art und dem Umfange des Verbrauchs der Massengüter. Ist der Reallohn hoch, dann ist der Verbrauch von Lebensmitteln und der Verbrauch von Gütern des täglichen Lebens entsprechend. Deshalb ist die Messung über die Entwicklung des Verbrauchs von besonderer Wichtigkeit. Der neueste Wirtschaftsbericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft bringt hierüber sehr aufschlußreiches Material. Der Fleischverbrauch zum Beispiel ist im letzten Jahre je Kopf der Bevölkerung gerechnet, höher gewesen als im letzten Vorkriegsjahre. Dies gleich 100 gesetzt, betrug der Fleischverbrauch im Vorjahre 104. Das Bild ändert sich, wenn wir den Aufbau der Bevölkerung in Betracht ziehen und nur den fleischverbrauchenden Teil derselben zur Unterlage nehmen, dann sinkt der Anteil auf 95 % des Vorkriegsverbrauchs. Nehmen wir auch typische Massenprodukte zur Unterlage, so ergibt sich folgende Entwicklung:

	1913	1925	1926	1927	1928
je Kopf der Bevölkerung					
Bier .....	100,0	73,8	74,5	79,1	zirka 82,0
Branntwein zu Trinkzwecken ..	100,0	35,4	37,5	48,2	—
Zucker .....	100,0	106,4	108,0	114,3	122,2
Baumwolle .....	100,0	81,6	64,7	98,8	85,0
Gewürze .....	100,0	81,2	87,5	87,5	—
Getinge .....	100,0	94,6	79,7	82,9	—
Kaffee .....	100,0	58,2	68,0	79,9	—

Was ergibt diese Tabelle? Der Verbrauch von alkoholischen Getränken ist zurückgegangen. Das wäre an sich nicht als ein Fehler zu betrachten. Im Gegenteil, anders sieht es schon aus, wenn Produkte, wie Baumwolle, Getinge, Kaffee usw., in verhältnismäßig geringerem Umfange von der Bevölkerung verbraucht werden. Hier dürfte sich zeigen, daß die Lohnhöhe noch nicht ausreicht, um den vollständigen Bedarf zu decken. Bei Zucker ist ein Höherverbrauch als vor dem Kriege festzustellen. Hierbei muß aber beachtet werden, daß der Zuckerverbrauch der deutschen Bevölkerung gegenüber andern Ländern wesentlich niedriger war. Recht interessant ist dagegen eine Gegenüberstellung der Einfuhr von Luxuswaren. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft findet hierfür die Bezeichnung „Warenfeineren Geschmacks“. Hier steht das Bild folgendermaßen aus:

	Monatsdurchschnitt (in Millionen M.)		
	1926	1927	1928
Januar-Oktober .....	31,7	48,1	52,6

Die Einfuhr von Luxuswaren hat sich im Zeitraum zweier Jahre um mehr als 60 % gesteigert. Das zeugt doch wohl davon, daß die Kaufkraft der sogenannten besseren Bevölkerungsschichten gewachsen ist, während die der ärmeren Volksschichten, wie obige Zusammenstellung zeigt, zurückgeblieben ist. Jedenfalls ist die Gegenüberstellung der beiden Warengruppen recht aufschlußreich.

**Arbeitergeld gehört in die Arbeiterbank!**  
Ankunft bei allen Ortsauschüssen des ADGB.

### Aus den Arbeitsgerichten

Das Reichsarbeitsgericht hat sich in seiner Entscheidung über den Schiedspruch für die Eisenindustrie am 22. Januar auf die Seite der Unternehmer gestellt. Der Schiedspruch des Schlichters ist als nichtig erklärt worden. Durch diese Entscheidung des R.A.G. ist dem gesamten Schlichtungswesen ein schwerer Schlag versetzt worden.

Das R.A.G. hat entschieden, daß in einem bestehenden Tarifvertrag nicht eingegriffen werden darf. Als eine schlichtungsfähige Sache könne nur ein Gesamtinteressenstreit über Gegenstände, die nicht bereits durch vertragsrechtliche Bindung geregelt sind, betrachtet werden. „Ein Schlichtungsverfahren kann also nicht zu dem Zwecke eingeleitet werden, um einen bestehenden Tarif abzuändern.“ Das R.A.G. ist sogar zu der Ansicht gekommen, daß die Auffassung des Berufungsgerichtes geradezu zu einer Vergünstigung von tarifwidrigen Wirtschaftskämpfen und zu einer Unterhöhlung der Vertragsstreue führen müsse. Das ist eine Seite der Sache. Der zweite Teil der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes richtet sich dagegen, daß der Schiedspruch allein auf der Stimme des Schlichters beruhe, also nicht von der Schlichterkammer erlassen worden sei. Ausschlaggebend müsse eine Willenskundgebung der Schlichterkammer sein, deren Entscheidung mit Mehrheit gefaßt werden muß. Das letzte kann für die zukünftigen Arbeitskämpfe von ungeheurer Bedeutung sein. Der Schlichter soll also nach Meinung des R.A.G. nicht mehr das Alleinentscheidungsrecht in Tarifstreitigkeiten haben. Er muß hinfort versuchen, eine oder die andere Partei zu sich herbeizuziehen, falls überhaupt ein Spruch zustande kommen soll. Auf die Konsequenz dieser Entscheidung des R.A.G. weist der Prozeßbeteiligte, Prof. Singheimer, in einem Artikel in Nr. 73 der „Frankfurter Zeitung“ mit folgenden Worten hin:

Die Arbeitgeberseite hat die Genugtuung, nicht nur den Schiedspruch, sondern auch ein Kernstück des geltenden Schlichtungswesens beiseite zu haben. Denn darüber muß man sich im klaren sein, daß das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes durch die Ungültigkeitserklärung der auf den Stimmentscheid des Vorsitzenden bezüglichen Ausführungsbestimmung einen Lebensnerv des geltenden Schlichtungswesens getroffen hat. Von jetzt ab kann kein Schiedspruch mehr durch einen Stimmentcheid des unparteiischen Vorsitzenden zustande gebracht werden. Wenn sich die Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Schlichtungskammer auf einen bestimmten Schiedspruch nicht einigen, so muß der unparteiische Vorsitzende entweder vollständig einem Gruppenstandpunkt zur Mehrheit verhelfen oder feststellen, daß die Schlichtung gescheitert ist. Die Folge davon ist eine Förderung der Arbeitskämpfe. In allen Fällen, in denen eine Einigung zwischen den Gruppen in der Schlichterkammer nicht zustande kommt und auch der Vorsitzende keinem der Gruppenstandpunkte beitreten kann, gibt es kein Mittel mehr, den Ausbruch des Arbeitskampfes rechtlich zu verhindern. Wie wird sich erfahrungsgemäß ein solcher nicht endgültig geschlichteter Arbeitskampf abspielen? Die beiden Gruppen werden ihre Kräfte messen, Millionen werden geopfert. Die Wirtschaft wird erschüttert, Elend und Not brechen über Tausende herein. Das Ende aber wird eine Vereinbarung sein, durch die sich die streitenden Parteien, meistens mit Regierungshilfe, dem Spruch eines unparteiischen Vorsitzenden unterwerfen. Der Arbeitskampf wird mit einem Ergebnis enden, dessen Herbeiführung bis heute vor dem Ausbruch des Arbeitskampfes möglich war. Der Unterschied liegt darin, daß bisher der Schiedspruch ergehen konnte, bevor jene Opfer gebracht waren, während von jetzt ab in solchen Fällen ein Schiedspruch erst ergehen wird, nachdem jene Opfer gebracht sind. Dazu kommt die Verschlechterung der Rechtslage der Arbeitnehmer. Sie wird in Zeiten niedergeschender Konjunktur fühlbar werden. Bisher war es möglich, durch verbindlich erklärten Schiedspruch den Arbeitnehmer vor den schlimmsten Rückwirkungen der Krise zu bewahren. Infolge des Stimmentheils des Vorsitzenden ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden.

In der Tat ist damit zu rechnen, daß die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit hinfort eine Verschärfung erfahren. Dazu hat der Spruch des R.A.G. beigetragen. Die Rechtslage der Arbeiter und Angestellten ist verschlechtert. Jedenfalls bringt der Leipziger Spruch das Schlichtungswesen in eine ganz neue Situation. In diesem Jahre laufen nicht weniger als 350 Lohnverträge ab, an denen 5 Millionen Arbeiter beteiligt sind. Daran ist zu erwarten, welche ungeheure Tätigkeit der Schlichtungsapparat bei Nichtbeachtung zu erledigen hat. Eine schnelle Verbesserung der gesetzlichen Unterlagen des Schlichtungswesens erscheint notwendig. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls allen Druck dahinter setzen müssen, damit die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht durch juristische Listereien umgestoßen werden kann. Darum die Mahnung: Stärkt eure gewerkschaftliche Organisation!

rd. Wann verliert das Hinandrängen eines Nichtorganisierten aus seiner Stellung seitens seiner organisierten Kollegen nicht gegen die guten Sitten? Bekanntheit haben schon wiederholt die Gerichte dahin entschieden, in dem Hinandrängen eines nichtorganisierten Arbeiters aus seiner Stellung liege ein gegen die guten Sitten verstoßendes und demgemäß zum Schadenersatz verpflichtendes Verhalten seiner organisierten Arbeitskollegen. Indessen kann in derartigen Handlungen Organisierte nicht unter allen Umständen ein sittenwidriges Verhalten erblickt werden, so insbesondere, wenn sich der herausgedrängte Arbeiter einer ehrlosen oder unfittlichen Handlungsweise schuldig gemacht hat.

In einem Falle, mit dem sich das Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main zu befassen hatte, arbeitete ein nicht-

organisierter Bauhandwerker mit organisierten zusammen, und gelegentlich äußerte er zu seinem Arbeitskollegen: „Eure Gewerkschaftsbongzen und Parteiführer sind lauter Stromer, sie können mich alle...“ Die Organisierten weigerten sich infolgedessen, mit diesem Kollegen weiter zusammenzuarbeiten und erzwangen bei dem Arbeitgeber seine Kündigung. — Der Entlassene machte Schadenersatzansprüche gegen seine früheren Arbeitskollegen geltend, in dessen wurde sein Anspruch vom Landesarbeitsgericht Frankfurt abgewiesen.

Immerhin — so heißt es in den Gründen — mag es sich um eine unbedachte Äußerung des Klägers gehandelt haben, der nicht allzu großes Gewicht beizumessen ist. Aber die Worte mußten von den Organisierten als schwere Kränkung empfunden werden, um so mehr als der Kläger nicht das Bestmögliche vorbringen konnte, was ihn zu dieser Äußerung berechtigt hätte. Wenn sich ein nichtorganisierte Mitarbeiter gegenüber organisierten Arbeitern in dieser gebissenen Weise gegen die Organisation und deren Organe äußert, so kann es den organisierten Arbeitern nicht verübelt werden, wenn sie die weitere Arbeitsgemeinschaft mit ihm ablehnen und seine Entlassung fordern. (Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main, 26. 1. S. 98. 28.)

### Verchiedenes

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1929. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1929 beginnt am 8. März und dauert für die Mustermesse bis 9. März (Textilmesse bis 7. März, Schuh- und Ledermesse bis 6. März) und die Große Technische Messe und Baumesse bis 13. März.

Auf der Frühjahrsmesse wird das Ausland als Aussteller wieder stark vertreten sein. Im Ring-Mehlhäuser wird man wie im Frühjahr 1928 eine umfangreiche japanische, ferner eine italienische, englische Ausstellung und eine solche der indischen Regierung vorfinden. Im übrigen werden die Tschechoslowakei, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Ungarn, Rußland, Schweden, die Schweiz und Amerika als Aussteller auf der Messe anwesend sein. In das Ring-Mehlhäuser ist jetzt auch die Kartonnagenmesse verlegt und dort mit der Reklamemesse zur „Leipziger Reklamemesse für Werbemittel, Verpackung und Kartonnagen“ vereinigt worden.

Wie zu früheren Messen erfährt die Leipziger Messe auch zur diesjährigen Frühjahrsmesse wiederum eine bedeutende bauliche Erweiterung. In der Innenstadt ist ein gewaltiger, an vier Straßen gelegener Mehlpalast, „Petershof“, entstanden, der Aussteller des Kunstgewerbes, der Musikinstrumentenindustrie und vor allem der Spielwarenindustrie aufnehmen wird. Ebenso wird in der Innenstadt das Süßwarenmehlhäuser, aufnahmefähig für nahezu 300 Firmen, errichtet und der Mehlpalast „Specks Hof“ mit einem großen Anbau versehen. Die von den Einkäufern gewünschte Branchenkonzentration wird durch diese neuen Bauten stark gefördert. Auf dem Ausstellungsgelände der Großen Technischen Messe und Baumesse wird sodann eine neue, 9300 qm große Halle (Halle 19) in Benutzung genommen, wodurch die Ausstellungsmöglichkeit auf der Baumesse verdreifacht wird. An der Baumesse wird sich diesmal die Stahl-, Eisen- und Holzindustrie sowie die Baumaschinenindustrie stark beteiligen. Auf der Technischen Messe wird die Maschinenindustrie, vor allem die Werkzeugmaschinenindustrie, wie immer im Frühjahr, besonders hervortreten. Besondere Erwähnung verdienen auch die umfangreichen Ausstellungen der Wärmetechnik, der Gasverwertungs- und Armaturenindustrie, der Förder- und Fahrzeugindustrie, der Eisen- und Stahlwarenindustrie und der elektrotechnischen Industrie sowie eine Internationale Textilmaschinenschau.

Insgesamt verfügen die Große Technische Messe und Baumesse auf dem Ausstellungsgelände über 16 große Hallen, während die Zahl der der Mustermesse in der Innenstadt zur Verfügung stehenden Mehlpaläste beziehungsweise Mehlhäuser jetzt 43 beträgt.

Während der Frühjahrsmesse werden verschiedene Tagungen und Sonderveranstaltungen stattfinden, so auch bauwissenschaftliche Vorträge.

Die Geschäftsstellen des Reichamts im Ausland sind, vor allem in Südamerika, weiter ausgebaut worden und es ist zu erhoffen, daß die Früchte davon sich schon zur Frühjahrsmesse zeigen werden.

### Fachtechnisches

#### Werbeplakate.

Der Reichsausschuß für Sachwertehaltung durch Anstrich, G. m. b. H., Berlin W. 30, Bagerischer Platz 6, hat im Rahmen der Gemeinschaftswerbung zwei neue Werbemittel herausgebracht: Innen-Ausgang-Plakate und Emaillechilder. Beide zeigen das nun schon bekannte Motiv der „schützenden Hand“ mit der Schlagwortzeile:

„Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe überall!“

Das Innenausgangplakat ist auf weißem Karton gedruckt, überlackiert, oben und unten aus Gründen der längeren Haltbarkeit mit einem Blechstreifen versehen, Größe 47 x 71 cm. Preis per Stück 75 J einschließlich Verpackungs- und Versandspesen.

Diese Plakate sollen und müssen in Büroräumen, Läden und Schaufenstern der Fabrikanten, Händler und Maler aufgehängt, gleichsam als Zeichen: Seht! Wir stehen hinter der Idee der Gemeinschaftswerbung, wir setzen uns für den Mehrverbrauch von Lack und Farbe ein!

Das Emaillechild hat eine Größe von 24 x 37 cm und kostet einschließlich Verpackung und Versand 5 M das Stück. Dieses Schild ist nicht nur für die Häuser und Geschäftseingänge der Fabrikanten, Händler und Maler gedacht, es soll auch an allen Wagen und Automobilen durch Stadt und Land rollen und auf diese Weise unser Wahrzeichen überall bekanntmachen. Der einzelne Händler, Maler und Fabrikant soll damit dem

Publikum zeigen, daß er an der großen Idee unserer Gemeinschaftswerbung teilnimmt.

Innenausgangplakate und Emaillechilder stehen jeder gewünschten Anzahl zur Verfügung. Bestellungen erbeten an: Reichsausschuß für Sachwertehaltung durch Anstrich, G. m. b. H., Berlin W. 30, Bagerischer Platz

### Fachliteratur

Lackbuch für die Farben- und Lackindustrie sowie für den einschlägigen Handel. Herausgegeben von Dr. Hans Wolff, Berlin, Direktor Dr. W. Schlich, Hamburg, und Dr. Hans Wagner, Stuttgart, 5. Auflage, 1929. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Stuttgart. Preis in Leinen 11 M.

Wer sich etwas eingehender in das vorzügliche Werk vertieft, wird bald erkennen, wie bescheiden für das Gebotene der Titel „Lackbuch“ gewählt ist, unter dem man gemeinhin eine etwas leichtere Ware annimmt. Das große Gebiet der Körperfarben, der Bindemittel, der Lacke und Firnisse, der Öl- und Lackfarben, der Präparationsmethoden usw. hat hier in konzentrierter Form von drei Herausgebern, bekannten Autoritäten in der deutschen Farben- und Lackindustrie, nach den neuesten Forschungen der Wissenschaft eine sachkundige, klare und leichtverständliche Durcharbeitung erfahren, die volle Anerkennung verdient. Dazu macht die Gliederung des umfassenden Stoffes in fünf Hauptteile das Werk recht übersichtlich. Der erste Teil ist den Körperfarben — Feinfarbstoffen und Farblacken — ihren Eigenschaften, ihrer Untersuchung und allgemeinen Prüfungsmethoden gewidmet. Die wichtigsten Harze und Alkohole, die wichtigsten Lösungsmittel und ihre Prüfung finden eingehende Behandlung. Eine Reihe Tabellen von Öl- und Mineralfarben gibt Auskunft über chemische Zusammensetzung, Verwendbarkeit, Verwitterungsverhalten gegen einige Reagentien, weitere spezifische Gewichte und Säuren, die wichtigsten Elemente und wichtige anorganische Verbindungen erhöhen den Wert des Buches. Auch eine interessante Liste von Lösungsmitteln mit Phantasiennamen, denen gegenüber bekanntlich stets Vorsicht am Platze ist, hat Aufnahme gefunden. Im zweiten Teil haben die Bindemittel eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der dritte Teil behandelt Lacke, Firnisse und Trockenstoffe, wobei die Zelluloselacke einer sehr eingehenden Bearbeitung unterzogen sind. Der vierte Teil gilt den Öl- und Lackfarben, der fünfte Teil der Prüfung und Analyse von Lacken und Farben usw. Das Schlusskapitel bringt Ratsschläge und Handlungsnormen unter Lieferbedingungen, näheres über den Begriff „rein“, einen Auszug aus den Unfallverhütungsvorschriften und andere mehr.

Das auch buchtechnisch gut ausgestattete neue Lackbuch für die Farben- und Lackindustrie kann mit vollem Recht als eine Bereicherung unserer deutschen Fachliteratur angesehen werden und wird für alle Interessenten, als Hersteller oder Verbraucher an Farben und Lacken, ein zuverlässiger Ratgeber sein.

### Literarisches

„Die Gemeinwirtschaft“. Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten eine außerordentlich wertvolle Zeitschrift. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Volkshochschulung, jeder Post und direkt beim Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermannsplatz 1, 1. Hof, Grobenmümmern umfunkt vom Berlin. Ein Gebührenschein. Liste Karstadt: Rosa Luxemburg. Mit sechs Illustrationen. Umfang 5 1/2 Bogen. Vorkauf 1,70 M., Leinen 2,70 M. E. Baudisch Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 30. Liste Karstadt, die sich mit 200 J. über zwei Jahrzehnte langen Freundschaft mit Rosa Luxemburg bekennt, hat einen biographischen Abriss vom Leben und Schaffen der großen roten Helden hinterlassen, der ihre Sammlung von Briefen Rosa Luxemburgs würdig ergänzt. Sechs Porträts der proletarischen Vorläuferin, darunter zwei Jugendbilder und ein noch unbekanntes Bildnisporträt an Rosa Luxemburg, ferner ein Bild des im Weltkrieges gefallenen genialen Freundes von Rosa Luxemburg, Hans Dieffenthal (dessen Persönlichkeit Rosa Luxemburg gleichfalls kurz kennzeichnet) sind dem Buch ein willkommener Schmuck.

„Der Wahre Facit“. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierteljährlich und fast durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 30 J.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Die im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14, erscheinende, für jedes Gewerkschaftsmitglied unentbehrliche Zeitschrift kostet ein Abonnement für Organisationsmitglieder vierteljährlich 2,85 M.

„Das rote Blatt der katholischen Sozialisten“. Die 1. Nummer beweist, daß im Katholizismus sozialistische Kräfte zu reagen beginnen. Marxistische Gesellschaften verbindet mit sozialistischem Aufschwung und einem starken Ethos an katholischer Glaubenskraft, was dem „roten Blatt“ starke Anerkennung aus andern Bevölkerungskreisen sichert. Eine große Zahl nichtkatholischer Führer der Sozialdemokratie haben dem „roten Blatt“ bemerkenswerte Belegstücke auf den Weg gegeben. Das monatlich erscheinende Blatt ist für 60 J. vierteljährlich 1 M. pro Nummer zu beziehen.

### Berechnung

#### Bericht der Hauptkasse für Monat Januar 1929

Eingeliefert haben: Bremerhaven 1000 M., Cottbus 671,80, Grimmschau 100, Eisenach 250, Frankfurt a. M. 1000, Hagen 355,50, Köln 700, Königshütte 110, Landberg 23,15, Leipzig 1000, Senftenberg 389,07, Sorau 12, Stuttgart 2150, Wittenberge 112,93.

J. Feitich, Kassierer.

### Sterbetafel

Dresden. (Zahlstelle Köhlschneiderei.) Am 4. Januar starb plötzlich infolge Herzschlag unser langjähriges Mitglied Karl Wobst im Alter von 82 Jahren.

Königsberg i. Pr. Am 24. Januar starb plötzlich unser Kollege Kasatles im Alter von 33 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!